



DIE MODERNISIERUNG DES VERTEIDEGUNGSWESENS

MERKMALE UND GRUNDLAGEN DES ARGENTINISCHEN MODELLS

2007



VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM
PRESIDENCY OF THE NATION

Dr. Néstor Carlos Kirchner
President of the Nation

Dra. Nilda Garré
Verteidigungsministerin



VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

Azopardo 250 (C1107ADB) Ciudad Autónoma de Buenos Aires
(+54 11) 4346-8800 - Email: prensa@mindef.gov.ar - Web: www.mindef.gov.ar

VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

Dra. Nilda Garré
Verteidigungsministerin

Lic. José M. Vásquez Ocampo
Staatssekretär für Militärische Fragen

Lic. Oscar Julio Cuattromo
Staatssekretär für Planung

Dr. Raúl Alberto Garré
Chef des Beraterkabinetts

Lic. Esteban Germán Montenegro
Unterstaatssekretär für Technisch-Militärische Fragen

Lic. Gustavo Sibilla
Unterstaatssekretär zur Institutionellen Stärkung
der Streitkräfte

Lic. Hugo Cormick
Unterstaatssekretär für Koordinierung

Dra. Ileana Arduino
Nationaldirektorin für Menschenrechte

Lic. Jorge Luis Bernetti
Direktor für Gesellschaftskommunikation

DIE MODERNISIERUNG DES VERTEIDIGUNGSWESENS

I. Allgemeine Diagnose

In der Republik Argentinien hat die Rückkehr zur demokratischen Ordnung die notwendigen politischen Voraussetzungen geschaffen, damit die gesetzlich ernannte Zivilbehörde die Politik der nationalen Verteidigung neu planen konnte und demnach die neue Rolle bestimmte, welche in diesem Rahmen den Streitkräften zukommt.

Die Grundlagen zur erneuten Institutionalisierung der Streitkräfte mit den Regeln des demokratischen Spiels, in der Hauptsache in Zusammenhang mit der Akzeptanz des Unterwerfungsprinzips unter die zivile Führung und mit der eingeschränkten Zuweisung von Aufgaben und Verantwortungen, waren durch den Erlass einer Reihe von Gesetzen gegeben, die den corpus iuris der Nationalverteidigung darstellen, und zwar: das Gesetz 23.554 über Nationalverteidigung (1988), das Gesetz 24.059 über Innere Sicherheit (1992), das Gesetz 24.439 über den Freiwilligen Militärdienst (1994), das Gesetz 24.948 über Umstrukturierung der Streitkräfte (1998) und das Gesetz 25.520 über den Nationalen Nachrichtendienst (2001).

Trotz des Fortschritts, den die Ausarbeitung eines allgemeinen gesetzlichen Rahmens für den Bereich bedeutet hat, wurde der Weg hin zur Erstellung der Verteidigungspolitik als eine wahrhaftige, vereinbarte und homogene Staatspolitik in der Praxis durch ein komplexes Netzwerk von Faktoren behindert.

Darunter soll sowohl die dynamische Natur des globalen und regionalen Kontextes, in dem sich der Verteidigungssektor inbegriffen sieht (zuerst eine tiefgreifende, globale Umstrukturierung nach Ende des Kalten Krieges und sodann ein drastischer Abschluss der Etappe nach dem Kalten Krieg mit den Attentaten auf die Twin Towers im September 2001), als auch der unmittelbare Einfluss interner politischer Faktoren hervorgehoben werden. In dieser letzten Hinsicht darf die beson-

dere Natur des Übergangsprozesses zur Demokratie nicht übergangen werden, der nach dem politisch-wirtschaftlich-militärischen Zusammenbruch der letzten de facto-Regierung ausgelöst wurde. Eines der hervorstechenden Merkmale dieses Prozesses war die bedeutende und chronische Minderung der Geldmittel für diesen Bereich, der in den letzten zwanzig Jahren seinen Anteil an den Haushaltsprioritäten auf über die Hälfte hat sinken sehen, ohne von der politischen Führung eine klare Antwort über das Modell des erforderlichen Militärinstruments erhalten zu haben.

In diesem Kontext ist ein Verteidigungsbereich auf der Grundlage von delegierenden Betrachtungen der Zivilaufgaben in den eigenen Streitkräften und einer tatsächliche Demobilisierung ihrer logistischen Fähigkeiten und Bestandteile entwickelt worden.

Mit dieser grundlegenden Diagnose wird die Ausarbeitung eines Programms zur vollständigen Modernisierung des Verteidigungssystems unabhömmlich, die es zuläßt, diese mittels Optimierung der vorhandenen Kapazitäten und effizienter Verwaltung der verfügbaren Ressourcen, an die internationale Konjunktur und an die Bedürfnisse des eigenen nationalen Interesses auf dem Gebiet anzupassen.

Dieses ist der von Argentinien eingeschlagene Handlungskurs, wobei das gegenwärtige Programm zur Modernisierung des Systems auf der Grundlage von vier strategischen Dimensionen entworfen ist:

(1) Umsetzung des bestehenden gesetzlichen Rahmens und Anpassung des Verfahrens zur strategischen Planung der Verteidigung unter Priorisierung der Entmilitarisierung von Zuständigkeiten strikt ziviler Natur;

(2) Umstrukturierung des Untersystems zur Ressourcenverwaltung und Wiederherstellung der

operativen Kapazitäten der Streitkräfte mit Artikulierung und Optimierung der Bereiche Wissenschaft und Technologie;

(3) Anpassung der Untersysteme für Nachrichtendienst und Militärjustiz;

(4) Umstrukturierung des Untersystems zur zivilen und militärischen Aus- und Fortbildung und Einführung der Perspektiven der Menschenrechte und Geschlechter.

Vor dem Hintergrund dieser Erwägungen hat es diese Arbeit zum Ziel, den gegenwärtigen Modernisierungsprozess des argentinischen Verteidigungswesens unter Betrachtung der Vorgeschichte und der Grundlagen, so wie auch der strategischen Richtlinien und unterscheidenden Merkmale zu beschreiben.

II. Geschichtliche Grundlagen

Das traditionelle Modell als Hinterlassenschaft

Nach der Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Land wurde es wichtig, die Grundlagen zur Konsolidierung einer Verteidigungspolitik zu legen, die der vormundschaftlichen Prägung der Streitkräfte in der Orientierung der nationalen Angelegenheiten während der vorherigen Jahrzehnte ein Ende setzten. Diese stützte sich auf eine durch die Sicherheit gezeichnete Vision der nationalen Verteidigung, die militärische Angriffe von Außen und inländische Konflikte in einem gleichen Prisma der Analyse und Lösungsfindung vernetzte.

In der Tat bildete sich das sog. traditionelle Modell zur Organisation der Verteidigung und der Militärinstitutionen in der Hauptsache von der zweiten Hälfte der 50er Jahre an, konsolidierte sich während der 60er und erweiterte sich in den 70er. Wie bereits erwähnt, fand dieses Modell seine Grundlage in einer sicherheitsgeprägten Konzeption der nationalen Verteidigung, in einem außerdem durch die vormundschaftliche Ausbreitung der Streitkräfte als Akteure innerhalb des politischen Systems gezeichneten Kontext.

Dieses Konzept hatte die als Kalter Krieg bekannte

Zeit zum Rahmen und fußte auf der Betrachtung der Nationalverteidigung als die Anstrengung des Staates zur Erreichung der nationalen Sicherheit, die sowohl den Schutz vor militärischen Angriffen von anderen Staaten, als auch – in der Hauptsache – vor Risiken einschloss, die in der Sphäre der inneren Sicherheit entstanden. Demzufolge hatte sich die Nationalverteidigung um eine Reihe von Bedrohungen und Konflikten zu kümmern, die aus drei Bereichen entstanden:

(i) Auf der globalen Ebene, die Antagonismen und der Wettbewerb aus dem strategischen West-Ost-Kampf.

(ii) Auf der subregionalen Ebene, die Grenz- und/oder territorialen Streitigkeiten.

(iii) In der internen Sphäre, die Konflikte aus der Konfrontation mit internen politischen Gruppierungen im Rahmen des sog. Kampfes gegen die Subversion“.

In dieser Hinsicht ist hervorzuheben, dass während dieser Periode die Zusammenstellung der Streitkräfte eine Organisation mit zwei Fronten angenommen hat.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass ihre Architektur einerseits um die Möglichkeit eine konventionellen militärischen Konfrontation mit den Nachbarländern aufgebaut war. Demnach verstrickten sich die Streitkräfte in kostspielige Kaufprogramme, die in ein regionales Wettrüsten mündeten, es wurden Strukturen großer Ausmaße geschaffen, die Doktrin der Einstellung wurde verändert und es wurden kapillare Militäreinheiten in denjenigen Gebieten entfaltet, die im Fall einer militärischen Konfrontation dieser Art für ausschlaggebend betrachtet wurden.

Andererseits bildete sich in dem Maß in dem die Streitkräfte ihre vormundschaftliche Einstellung im argentinische politischen System festigten, progressiv eine Struktur der Nachrichtendienste und der inneren Sicherheit heran, die mit der Kontrolle und dem eventuellen unmittelbaren Einwirken auf gegnerische politische und soziale Akteure zusammenhing.

Diese Struktur, die sich direkt den Angelegenhei-

ten der inneren Sicherheit widmete, erreichte ihren Höchststand in den Jahren der letzten Militärdiktatur mit der Bildung der sog. Zonen und Subzonen der inneren Sicherheit, der Entfaltung operativer Nachrichtenstrukturen, einer starken operativen Bindung mit den Polizei- und Sicherheitskräften, die sie bei Aktivitäten dieser Art auch effektiv leitete, und der Entwicklung einer Kontra-Subversiven Strategie, die in großem Maß die gesetzlichen und moralischen Maßstäbe sprengte und schließlich einen der bedeutendsten Fälle von Staatsterror in der Region darstellte.

Der Corpus Iuris der Nationalverteidigung

Der erste Schritt in Richtung zur Schaffung einer neuen Verteidigungspolitik im demokratischen Rahmen wurde durch die Errichtung eines festen politischen und sozialen Konsenses über den Begriff der Nationalverteidigung gegeben, über ihre Beziehung mit und Unterscheidung von der inneren Sicherheit des Landes, über die Rolle der Streitkräfte als militärisches Instrument zur Verteidigung und über das administrativ-funktionale Schema der Entscheidungsfindung auf dem Gebiet.

Das erwähnte corpus iuris der Nationalverteidigung war die natürliche Folge dieses Konsenses mittels dessen es möglich wurde, die normative Grundlage zu entwerfen, auf der von da an die argentinische Verteidigungspolitik ausgearbeitet und umgesetzt werden sollte.

In Bezug auf das nationale Verteidigungsgesetz (23.554), hat dieses die organisch-funktionalen Grundlagen des Verteidigungssystems nach allgemeinen Parametern festgelegt, die darauf abzielen, folgendes zu garantieren: die Ausübung der zivilen Autorität, das Nichteingreifen der Streitkräfte in interne politische Angelegenheiten, die Regulierung der militärischen Mitwirkung in der internen Sicherheit aus einer restriktiven Perspektive heraus; und die Stärkung einer militärischen Organisation auf der Grundlage von Kriterien der Effizienz und der gemeinsamen Organisation.

Das Gesetz über Innere Sicherheit (24.059) hat auch die Teilnahme der Streitkräfte an Aktivitäten der inneren Sicherheit geregelt und dabei garantiert, dass dies nur in Ausnahmen und gemäß kla-

rer normativer Maßstäbe erfolgt.

Während das Gesetz über den Freiwilligen Militärdienst andererseits die Wehrpflicht abgeschafft hat, hat das Gesetz über den nationalen Nachrichtendienst (25.520) dem militärischen Nachrichtendienst die Entfaltung von strikt auf den Gegenstand beschränkten Aktivitäten zugewiesen und hat eine Instanz zur zivilen Koordinierung und politischen Leitung dieses ganzen Systems eingerichtet.

Die Verteidigungspolitik im regionalen Bereich

Gleichzeitig mit dieser Periode der rechtlich-institutionellen Ordnung war die Konsolidierung der neuen Verteidigungspolitik durch eine Reihe von Entscheidungen gezeichnet, die darauf abzielten, im regionalen Raum Vertrauen zu bilden, so dass die historisch bestehenden Konflikte mit Nachbarstaaten abgebaut werden konnten, hauptsächlich in Zusammenhang mit der Bestimmung von Grenzen und der Verbreitung von Atomwaffen.

Diese Umstände manifestierten sich besonders mit Chile und Brasilien, den Ländern mit denen Argentinien historische Konflikte ausgetragen hatte, die zu einer militärischen Lösung geführt hatten und mit denen bedeutende Fortschritte auf dem Gebiet der Zusammenarbeit zu verzeichnen waren.

Sowohl die Ratifizierung des Vertrags über Abschaffung von Atomwaffen in Lateinamerika und der Karibik (1993), der Vertrag über Nichtverbreitung von Atomwaffen (1995), als auch die endgültige und friedliche Lösung der Streitigkeiten um „Laguna del Desierto“ (1994) mit Chile und die Unterzeichnung des Verständigungsmemorandums über Anfragen und Zusammenarbeit (1997) mit Brasilien sind bezeichnende Beispiele hierfür.

Es muss außerdem darauf hingewiesen werden, dass sich dieser Prozess der Entspannung und progressiven Zunahme des Vertrauens im Rahmen und unter dem Einfluss einer starken Tendenz zur Integration und wirtschaftlichen Zusammenarbeit befand, auf Grund des bilateralen und multilateralen politischen Dialogs, sowie durch die allmähliche Einrichtung von demokratischen Regimen in der Region.

Die Bedeutung der Friedensmissionen

Andererseits ist hervorzuheben, dass der bereits erwähnte Neuentwurf der Verteidigungspolitik auch einen starken Kompromiss Argentiniens mit den friedensbewahrenden Operationen der Vereinten Nationen bedeutet hat.

Gegenwärtig stellt unser Land bedeutende Militärkontingente und Material in verschiedenen Missionen unter der UN-Flagge, besonders auf Zypern und Haiti, womit insgesamt fast 1000 Mann in diese Aktivitäten einbezogen sind.

Außerdem spielt das Argentinische Zentrum zur Schulung für Friedensmissionen (CAECOPAZ) weiterhin eine aktive und international anerkannte Rolle auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung von Soldaten für Operationen dieser Art.

III. Notwendigkeit und Grundlagen der Veränderungen

Die rechtliche Architektur, auf die sich die Zuweisung von Aufgaben und Verantwortungen auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik stützt, bedarf wie auch die gesamte öffentliche Politik, einer ständigen Anpassung an das Umfeld, um die Hauptaufgabe erfüllen zu können, für die sie entworfen wurde.

Dies ist für den Fall Argentiniens noch ausschlaggebender, wenn wir die bedeutenden Veränderungen – sowohl international, als auch intern - in diesem Kontext in Betracht ziehen, welche die Verteidigungspolitik seit ihrem Neuentwurf nach 1983 bestimmen: Abbau der West-Ost-Spannung; Konsolidierung der Integration, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des politischen Dialogs auf regionaler, lateinamerikanischer Ebene und subregional im südlichen Südamerika, und Abwesenheit von bewaffneten Sektoren oder politischen Gruppierungen auf interner Ebene.

Wir finden auf diese Art und Weise eine Menge von Bedürfnissen, die das Verteidigungsministerium ständig zu befriedigen hat. In dieser Hinsicht barg der Jahresbeginn 2006 noch folgende ungelöste Problemfelder, auf die die zivile Leitung der Vertei-

gung beschlossen hat, Antworten zu geben. Es handelte sich im Einzelnen um folgende:

- Das Fehlen einer präsidentialen (und in einigen Fällen ministeriellen) Verordnung der zentralen Rechtsinstrumente auf dem Gebiet, wie zum Beispiel das Nationale Verteidigungsgesetz selbst, was zu einer unangemessenen praktischen Umsetzung der Bestimmungen führte.
- Das Verbleiben von strikt zivilen Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der Streitkräfte als Folge der alten holistischen Auffassung ihrer institutionellen Rolle.
- Das Nichtvorhandensein einer Gesetzgebung in Zusammenhang mit der Militärjustiz, die an die neuen internationalen Standards angepasst ist.
- Das Ausbleiben einer Artikulation zwischen den Inhalten und Methoden der Ausbildungs- und Erziehungsprozesse, sowohl von Zivil-, als auch von Militärpersonen, und die neuen Herausforderungen und Notwendigkeiten der Nationalverteidigung.
- Die Merkmale der Ineffizienz im Verwaltungssystem der Ressourcen für die Verteidigung.

Die Ausarbeitung eines globalen Programms zur Modernisierung des Verteidigungssystems zur Erstellung von Lösungsansätzen für diese und andere Problemkreise ist unumgänglich, um die erwähnte Aufgabendelegierung auf die Streitkräfte selbst und die empirische Demobilisierung derselben umzukehren.

IV. Das argentinische Modernisierungsmodell

Angesichts dieser Situation, hat es sich das Verteidigungsministerium vorgenommen, einen Prozess der Anpassung und globalen Modernisierung des Verteidigungssystems mit dem Kernziel zu beginnen, ein modernes und wirksames, militärisches Instrument, im Einklang mit

dem Schutz der vitalen Interessen des Staates zu entwickeln.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass der Modernisierungsprozess darin besteht, die Gesamtheit der operativen Kapazitäten zu festigen, die das militärische Instrument im Einklang mit einer defensiven Strategie braucht, die die volle Ausübung des immanenten Rechtes auf eine legitime Verteidigung garantiert.

Demzufolge stützt sich das Modernisierungsprogramm des Verteidigungssystems auf folgende neun große Handlungsachsen, die um das dahinterliegende Ziel der Festigung der zivilen Führung im Sektor errichtet werden:

- 1) Inkraftsetzung des bestehenden Gesetzesrahmens
- 2) Umstrukturierung des Schemas zur strategischen Planung der Verteidigung
- 3) Umstrukturierung des Subsystems zur Verwaltung der Ressourcen
- 4) Wiederherstellung der operativen Kapazitäten
- 5) Bereiche Wissenschaft und Technologie
- 6) Aktivierung des Subsystems strategischer, militärischer Nachrichtendienst
- 7) Anpassung des Subsystems zur zivilen und militärischen Aus- und Fortbildung
- 8) Umsetzung der Menschenrechts- und Geschlechtsperspektiven
- 9) Anpassung des Subsystems der Militärjustiz

1) Inkraftsetzung des Gesetzesrahmens der Nationalverteidigung

Das Gesetz 23.554 (1988) ist der Eckstein des nationalen Verteidigungssystems und als solche bestimmt es die bereits erwähnten leitenden

Prinzipien auf denen dieses zu strukturieren ist: Führerschaft der zivilen Autorität, Nichteingreifen der Streitkräfte in interne politische Angelegenheiten, restriktive militärische Mitwirkung an der inneren Sicherheit, Effizienz und gemeinsame Organisation.

Die Gesetzesverordnung (Dekret 727/06 vom 13. Juni 2006) erfolgte mit einer 18jährigen Verzögerung und erscheint als eines der Standbeine des laufenden Modernisierungsverfahrens, wobei sie die Grundlagen für eine wahrhaftige zivile Führung der militärischen Belange setzt.

Das Dekret zielt darauf ab, die genannten Prinzipien und Richtlinien endgültig wirksam werden zu lassen, hauptsächlich in Bezug auf die notwendige gemeinsame Planung auf dem Gebiet der Organisation, der geographischen Verteilung, des Trainings und des Erwerbs von Waffen und Ausrüstung.

In Bezug auf den Gemeinsamen Generalstab festigt Dekret 727/06 seine Rolle als wichtigstes ausführendes Organ der strategischen Entscheidungen der zivilen Führung und als letztes militärisches Organ mit Kommandoaufgaben und zur Organisation der Streitkräfte.

Andererseits respektiert und festigt die Verordnung den Geist des Verteidigungsgesetzes wenn es bestimmt, dass die primäre Verantwortung der Streitkräfte die Verteidigung vor staatlichen, militärischen Angriffen gegen die Hoheit und territoriale Integrität des Staates ist. Demzufolge können die Streitkräfte nur in Ausnahmefällen und wenn das System der inneren Sicherheit es fordert, Bedrohungen nicht-militärischer Natur abwehren, wie zum Beispiel der Drogenhandel und der grenzüberschreitende Terrorismus. Dies steht mit den Bestimmungen des Gesetzes über Innere Sicherheit im Einklang.

Diesbezüglich sind das Verteidigungsgesetz, das Verordnungsdekret 727/06 und das Umstrukturierungsgesetz der Streitkräfte äußerst streng in der Abgrenzung der spezifischen Zuständigkeitsbereiche der Streitkräfte. Im Paragraph 4. ist das Gesetz 23.554 strikt wenn es unterstreicht, dass der Unterschied zwischen Nationalverteidigung und innerer Sicherheit immer in Betracht zu ziehen ist. Das Dekret 727 weist in Paragraph 1. darauf hin, dass das

militärische Instrument der Nationalverteidigung angesichts von Angriffen externen Ursprungs einzusetzen ist, die von Streitkräften eines anderen Staates oder anderer Staaten ausgeübt werden, unbeschadet der Festlegungen der Gesetze 24.059 und 24.948 in Bezug auf die Szenarien und die Bestimmungen, welche die Reichweite dieser Intervention bei Unterstützungsoperationen für die innere Sicherheit definieren.

Demzufolge beziehen sich sowohl das System der Inneren Sicherheit, als auch das der Nationalverteidigung auf unterschiedliche Voraussetzungen, die sich in ihrer Anwendung gegenseitig ausschließen: das Erstere beschäftigt sich primär mit der Vorbeugung, der Ahndung und der Sanktionierung von Delikten, die im Strafgesetzbuch und in Sondergesetzen enthalten sind, und das Zweite hat das Ziel, Angriffe von außen abzuweisen, die mit den Bestimmungen der Vereinten Nationen unverträglich sind. Die Voraussetzungen unter denen beide Systeme zusammenwirken werden aufgezählt, so wie auch die Mechanismen zur Koordinierung und evtl. und ausnahmsweisen Anwendung des militärischen Instruments bei Themen der inneren Sicherheit oder bei anderen, die mit ihrer Hauptaufgabe nicht zusammenhängen (zum Beispiel, Unterstützung der Gemeinschaft).

Beispielhaft für letzten Punkt ist das laufende Verfahren zur Übertragung des von der argentinischen Luftwaffe abhängigen Kommandos der Luftregionen (CRA) auf ein neues Organ, das im Rahmen des Transportsekretariats des Bundesplanungsministeriums funktionieren wird. Hiermit soll die Aufsicht der zivilen und kommerziellen Luftfahrt in zivile Hände übergeben werden. Es muss hervorgehoben werden, dass dieser Prozess gegenwärtig mit der Beratung der Organisation für die Internationale Zivilluftfahrt (OACI) durchgeführt wird.

II) Umstrukturierung des Schemas zu strategischen Planung der Verteidigung

Nach Konsolidierung des normativen Rückgrads der Nationalverteidigung ist es grundlegend, auf dem Gebiet der Strukturierung und Umsetzung eines Schemas zur globalen Planung des Systems Fortschritte zu erreichen, so dass die Verteidigungspolitik auf der Grundlage von Diagnosen und

Strategien für die kurze, mittlere und längere Frist, zu einer wahrhaften Staatspolitik wird.

Der erste Schritt in dieser Richtung war die erstmalige Einberufung des Nationalen Verteidigungsrates (CODENA), so wie es im erwähnten Dekret 727/06 vorgesehen war. Dieser Rat hat die Aufgabe, eine globale Diagnose strategischen Profils über den nationalen, regionalen und internationalen Rahmen zu erstellen, in dem sich unser Verteidigungssystem entfaltet, und bildet die Grundlage für die nachträgliche Ausarbeitung der betreffenden öffentlichen Politik.

Zur Konsolidierung des Planungsprozesses dieses Systems wurde mittels Dekret Nr. 1691/06 der Nationalexecutive die erste politische Richtlinie über das Funktionieren und die Organisation der Streitkräfte ausgegeben. Im Einklang mit den in der höheren politischen Instanz und in dem erwähnten Corpus Iuris der Verteidigung festgelegten Kriterien bestimmt diese Richtlinie Maßstäbe und Kriterien auf deren Grundlage die Streitkräfte ihre Mission, Anwendungsarten, Organisation, Entfaltung und Kapazitäten zu strukturieren haben.

In enger Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Generalstab der Streitkräfte arbeitet das Verteidigungsministerium ebenfalls an der Erstellung eines Planungszyklus für die Verteidigung. Auf diese Art und Weise soll der Staat mit einem Normungswerkzeug ausgerüstet werden, das eine Architektur aus Richtlinien und Dokumenten politischer, militärstrategischer und spezifisch militärischer Natur, so wie aus Arbeitsprozessen in deren Kontext die Verteidigungspolitik auszuarbeiten, umzusetzen und auszuwerten ist, festlegt.

Der ministerielle Beschluss, der den neuen Planungszyklus für die Verteidigung umsetzt, wird es erlauben, die Verteidigungspolitik und ihre militärischen Aspekte kurz-, mittel- und langfristig auf der Grundlage eines vorhersehbaren Schemas zu planen, das es seinerseits zulässt, die notwendigen Anpassungen umzusetzen, welche die Konjunktur und der strategische Horizont bestimmen.

III) Umstrukturierung des Subsystems zur Verwaltung der Verteidigungsressourcen

Nach dem bereits angesprochenen kann festgestellt werden, dass seit Wiedereinrichtung der Demokratie im Rahmen der zivil-militärischen Beziehungen eine Art unausgesprochene Vereinbarung installiert wurde, durch die sich die sukzessiven Regierungen damit zufrieden gegeben haben, vom militärischen Sektor eine Anerkennung der vollen institutionellen Unterwerfung unter die Exekutive im Tausch gegen eine Nichteinmischung in substantielle Aspekte der militärischen Einrichtung, wie ihre Organisation, Entfaltung und Ausrüstung zu fordern.

Diese implizite Vereinbarung der Nichteinmischung verkörperte sich, wie wir bereits gesehen haben, in der Ausübung einer übermäßigen Delegation von strukturellen Entscheidungen seitens des Verteidigungsministeriums auf die Streitkräfte und auf andere Staatsorgane.

Auf dem Gebiet der Ressourcenverwaltung spiegelte sich dies in einer schwachen Einbeziehung in die Formulierung der sukzessiven Jahresbudgets für das Verteidigungswesen wider. Das Ministerium hat systematisch zugelassen, dass es in der Tat das Wirtschaftsministerium war, welches Jahr für Jahr nicht nur die Eingangsmenge der Ressourcen für den Bereich festlegte (ein Vorrecht, das im Rahmen einer globalen Fiskalstrategie verständlich wäre), sondern sogar seine organische Verteilung auf die Streitkräfte und hierbei darauf verzichtete, das strategische Kriterium zu bestimmen, welches eine Entscheidung derartiger Natur und Auswirkung zu untermauern hatte.

Zusätzlich hat das Verteidigungsministerium nachträglich (und ohne weitere kritische Analyse) die Vorschläge des Entwurfs konsolidiert, den ihm jede Streitkraft separat vorlegte. In der Praxis handelte es dergestalt wie eine formelle Instanz, die Entwürfe von durchgeführten Budgets auf der Grundlage von strategischen Ausrichtungen einer jeden Streitkraft bestätigte.

Als Beweis hiervon zeigt die in den Budgets der letzten 20 Jahre verkörperte Verteidigungspolitik als relevante Hauptvariante ein drastisches „downsizing“ des Militärinstruments. Von 1983 bis 2003

ist das Ausmaß der Verteidigungsressourcen um 58,7 % geschrumpft und der Anteil des Bereichs am Staatshaushalt ist von 13,78 % auf 7,7 % herabgestürzt, eine Tendenz, die sich bis heute verstärkt hat.

Diese Kürzung erfolgte rein progressiv und marginal; d. h. nicht im Einklang mit irgendeiner zentralen strategischen Definition für die mittlere oder längere Frist, aus der die zu erhaltenden, zu potenzierenden oder einzustellenden Militärkapazitäten abzuleiten wären. So kann festgestellt werden, wie die sukzessive aus dem Programm genommenen Waffensysteme, mehr auf das Auslaufen ihres operativen Lebenszyklus zurückzuführen waren, als auf eine beabsichtigte, politische Entscheidung auf der Grundlage einer taktisch-militärischen Analyse.

Aus Prozesssicht hat dies bedeutet, dass die natürliche Alterung der Systeme, sowie die disartikulierte Ordnung der Prioritäten durch jede Streitkraft, die zentralen Kriterien im Augenblick des Ansetzens des „roten Stiftes“ waren, um diejenigen Kapazitäten zu streichen, auf welche das System zu verzichten hatte, um sich den auferlegten Haushaltseinschränkungen anzupassen.

Wie bereits erwähnt, legt die Verordnung des nationalen Verteidigungsgesetzes den Grundstein zur Aufnahme eines unaufschiebbaren Prozesses: die Erstellung eines definitiv artikulierten und strukturierten Verteidigungssystems, das es erlaubt, mit globaler Kohärenz auf die Richtlinien der Nationalexecutive zu reagieren. In dieser Hinsicht wird die strategische Einschätzung des CODENA den wichtigsten Werkstoff zur Entwicklung der militärstrategischen Planung darstellen, die letzte und unabkömmliche Entscheidung für den Neuentwurf des Militärinstruments unter der Perspektive der Gesamtheit. Künftig werden zentrale Aspekte, wie das Ausmaß, die Entfaltung und die Ausrüstung des Militärinstruments im Licht eines notwendigerweise systemischen und gemeinsamen Prismas definiert werden.

Das Erhalten von Ressourcen für die Verteidigung wird dann das letzte Glied eines sequentiellen und verketteten Prozesses der Planung und Programmierung sein. Auf diese Weise wird die Neurüstung der Streitkräfte die Konsolidierung gemein-

sam bestimmter Operationskapazitäten suchen und mit der eingenommenen strategisch-defensiven Einstellung in Einklang stehen. Die Zuweisung von Ressourcen wird auf der Grundlage von mittel- und langfristigen Politiken erfolgen, die vom Verteidigungsministerium ausgearbeitet und unter der Aufsicht des Gemeinsamen Generalstabs ausgeführt werden.

Um die Effizienz und Transparenz des Verfahrens zur Erhaltung und Verwaltung von Ressourcen des Systems zu gewährleisten, sind eine Reihe von Reformen im Gang, welche die Dimension des Haushalts, die spezifisch mit öffentlichen und militärischen Investitionen zusammenhängende und die rein logistische und operative Dimension einschließen, die im nächsten Kapitel angesprochen werden soll.

In Zusammenhang mit dem Haushaltssystem wird darauf abgezielt, eine offenere und aufgeschlüsselte Verteilung des Verteidigungsbudgets, mit einer repräsentativeren Definition der Ziele und einer bedeutenderen Einordnung der Ressourcen für spezifische Verwendungen zu erreichen.

Zur Konsolidierung der genannten Reformen wurde der Ausschuss für Haushaltspolitik durch Ministeriellen Beschluss 1267/06 ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es ist, den Prozess der Formulierung, Ausführung und Auswertung des Haushalts der Streitkräfte, des Gemeinsamen Generalstabs und der dezentralisierten Organe, die vom Ministerium abhängen, zu koordinieren.

Diese Verbesserungen haben die Erstellung von Daten für die Effizienz, Wirksamkeit und Verwendung der Kapazitäten ermöglicht, mit denen eine Kontrolltafel bereitgestellt wird, um die Operationen durchlaufend zu überprüfen. Ihre Umsetzung beabsichtigt die Durchführung tiefgreifender, organisativer Veränderungen, die in der Konsolidierung eines Führungsmodells nach Ergebnissen münden, das seinerseits eine Verantwortlichkeit (accountability) auf der Grundlage der Leistung oder des Ergebnisses der betroffenen Organisationen fördert. Auf diese Art und Weise werden die Entscheidungen von solide erstellter, präziser und konsistenter Managementinformation getragen.

In Bezug auf die Verwaltung der Investitionen des

Sektors wurde ein neues Managementsystem für Investitionen der Verteidigung (SIGID) beschlossen und umgesetzt, das es dem Ministerium erlaubt, über ein Werkzeug zur ständigen und standardisierten Auswertung der Projekte für öffentliche und militärische Investitionen zu verfügen. Dieses System gewährleistet, dass alle Projekte auf der Grundlage ihres Beitrags zu den von der strategischen Planung der Verteidigung geforderten Kapazitäten ausgewertet werden.

So werden nur diejenigen Projekte für militärische Investitionen über eine Haushaltsfinanzierung verfügen, die unter Einhaltung der von der SIGID aufgelegten Ausarbeitungsrichtlinien und Fristen vom Gemeinsamen Generalstab vorgeschlagen worden sind und über eine Genehmigung des Planungssekretariats im Verteidigungsministerium verfügen.

IV) Wiederherstellung der operativen Kapazitäten

Unser Modernisierungsmodell erteilt der logistischen und operativen Ebene des Militärinstruments eine grundlegende Rolle, besonders der Wiederherstellung und Potenzierung der relativen Kapazitäten, die als Folge der erwähnten Vorgeschichte abgenommen haben – und in vielen Fällen verschwunden sind –.

Die Bestimmung der Art der wiederherzustellenden Kapazitäten fußt auf strategisch-militärischen Einschätzungen der Streitkräfte und stützt sich auch auf die Notwendigkeit, einen angemessenen Sicherheitsstandard zu gewährleisten, um das Leben und das Wohlbefinden der Verantwortlichen zu schützen.

Eine der ersten Maßnahmen des Prozesses hat in der Schaffung des Komitees für Gemeinsame Logistik (CLC) bestanden, eine integrierende Instanz zur technischen Unterstützung mit der Aufgabe, das Verteidigungsministerium bei der Versorgung, Lagerung, Transport, Instandhaltung und Entsorgung der materiellen Mittel der Streitkräfte zu unterstützen, um den Anweisungen des Staatspräsidenten und den Verantwortungen aus der strategischen Planung der Verteidigung nachzukommen.

Das Komitee aus zivilen und militärischen Fachleuten, in dem alle logistischen Bereiche der Organe des Systems vertreten sind, untersucht monatlich den Bereitschaftszustand des Materials der Streitkräfte und plant Maßnahmen, um seine Anpassung und Wiederherstellung auf der Grundlage von Effizienz- und Transparenzkriterien und unter dem notwendigen Prisma der Gesamtheit zu garantieren.

Unter seiner Leitung und Verfolgung wurde dieses Jahr das Programm zur gemeinsamen Versorgung gemeiner Verbrauchsstoffe (PACIC) geschaffen, das darauf abzielt, diejenigen Gegenstände zu identifizieren, normalisieren und vereinheitlichen – über den Gemeinsamen Generalstab – zu erwerben, die gleichzeitig von den drei Waffengattungen gefordert werden (z. B.: Munition, Finanzdienstleistungen, Medikamente, Treibstoff, Fahrzeuge und Versicherungen). Die Initiative zielt darauf ab, einen zentralisierten Einkaufsmechanismus für Materialien zivilen und militärischen Gebrauchs zu schaffen, und nach und nach ein gemeinsames logistisches System zu entwickeln, das durch Bewirkung von Skalenvirtschaft bessere Verhandlungsbedingungen und Preise erlangt.

Unter der Zuständigkeit des CLC und mit der technischen Unterstützung des Katalogisierungsdienstes für die Verteidigung (SECADE) wurde auch an der Inbetriebsetzung eines Systems für Wartungskapazitäten der Streitkräfte (SICAMAN) gearbeitet. Mit dem Ziel, dass jede Teilstreitkraft die Dienstleistungs- und Materialmöglichkeiten zur Wartung von Mitteln in Realzeit kennen kann, welche die anderen Teilstreitkräfte anbieten, stützt sich das SICAMAN auf einen on line-Katalog dieser Kapazitäten, auf den alle Militäreinheiten mit Verantwortung bei der Erhaltung der Logistik Zugang haben.

Als Zusatz dieser Maßnahmen und um das Ziel des Mitwirkens an der Beaufsichtigung der Erfüllung der Wartungsprogramme von Mitteln der Streitkräfte zu erreichen, hat das Ministerium beschlossen, unter seiner Zuständigkeit, ein Organ politischer und technischer Art zu schaffen, das sich spezifisch der logistischen und operativen Planung der Verteidigung widmet.

Diese Initiative hängt auch eng mit den Schlussfol-

gerungen und Ergebnissen des externen Auditing über das Flugmaterial der Streitkräfte zusammen, das vom Ministerium Anfang 2006 bestellt wurde. Es ist dies die erste Erfahrung ihrer Art in der argentinischen und regionalen Militärgeschichte. Dieses Auditing fand unter der Verantwortung von prestigereichen akademischen Institutionen des Landes statt und hatte das Ziel, den Instandhaltungszustand des erwähnten Materials technisch auszuwerten und Alternativen zu seiner baldigen Modernisierung zu unterbreiten.

Die Ergebnisse des Auditing haben es erlaubt, über eine objektive und aktuelle Diagnose über einen Teil des logistischen Systems des Militärinstruments zu verfügen – für die Luftfahrt – und wurden zum Ausgangspunkt für eine Reihe von spezifischen Programmen zur Wiederherstellung und Potenzierung aller strategischen, operativen und produktiven Kapazitäten (in der Luft, auf See und am Boden) der drei Waffengattungen.

In dieser Hinsicht ist im Bereich der Luftwaffe der Kauf von neuen Radaranlagen für zivile Verwendung (11 vom Typ 2-D, beim argentinischen Unternehmen INVAP erworben) und für militärische Verwendung (4 vom Typ 3-D), und die Modernisierung der wichtigsten Zentren zur Flugkontrolle hervorzuheben, um die Aufsichts- und Kontrollkapazität des argentinischen Luftraums zu stärken. Es ist zu unterstreichen, dass die heute verwendete Technologie aus den siebziger Jahren stammt und dass trotz der notwendigen, technischen Aktualisierungen und des Umstands, dass sie operativ sind, die Modernisierung unumgänglich ist. Dies würde um das Jahr 2010 erreicht werden, wenn alle erwähnten Käufe umgesetzt sein werden.

In diesem Jahr 2007 ist auch ein progressiver Aktionsplan in Gang gesetzt worden, um binnen 5 Jahren 100 % der Flugkapazität der drei Streitkräfte wiederherzustellen, wobei nach Prioritäten geordnet folgende operative Systeme inbegriffen sind: 1) Transportflugzeuge, 2) Verbindungsflugzeuge, Trainingsflugzeuge und Hubschrauber, und 3) Jagdbomber. Dieser Plan bedeutet Gesamtkosten in Höhe von \$ 819 Millionen (von denen 226 Millionen Pesos das Jahr 2007 betreffen und bereits verwendet wurden) und betrifft nicht nur die Modernisierung von Flugeinheiten, sondern auch die Infrastruktur, Werkzeuge, technische Unterlagen

und berufliche Fortbildung.

Zusätzlich wurde die Umsetzung einer Ordnung für militärische Flugbedingungen in Flugzeugen der Streitkräfte beschlossen, die im zivilen Bereich operativ sind, um diese auf der Grundlage analoger Voraussetzungen zu zertifizieren, wie sie die Luftfahrtbehörde in der zivilen Luftfahrt fordert. Dies wird mit der Ausarbeitung von Zulassungsrichtlinien für militärische Besatzung und technische Mitarbeiter vervollständigt, die Wartungstätigkeiten an Flugzeugen ausüben, welche außerhalb ihrer spezifischen Verteidigungsaufgaben eingesetzt werden, die ebenfalls mit den zivilen Normen verträglich sein werden, wobei ähnliche Voraussetzungen und Ausbildung gefordert werden.

Im Bereich der operativen Kapazität auf See wurde im Jahr 2007 eine Budgeterhöhung von \$ 65 Mio. beschlossen, um grundlegende, materielle Prioritäten zu befriedigen. Hinzu kommt der Abschluss (im Gegenwert von ca. \$ 50 Mio.) der Reparatur zur halben Lebenszeit der Fregatte ARA Libertad hinzu, eine schwimmende Botschaft der Republik Argentinien, die dieses Jahr mit den ersten weiblichen Seekadetts an Bord ausgelaufen ist.

Zusätzlich unterstützt das Ministerium weiterhin die Modernisierung des Materials der Marineinfanterie; nach der Entwicklung des Prototypen eines amphibien Raupenfahrzeugs (VAO) ist die Fertigstellung von zwei neuen Einheiten im Jahr 2007 vorgesehen. Kurz bevor steht auch der Ankauf des Basisengineerings für den Bau der ozeanischen Mehrzweck-Erkundungsbooten (POM), die zur Kontrolle und Aufsicht der argentinischen Gewässer vorgesehen sind, und die Wiederherstellung der U-Boot-Abwehrkapazität durch Reparaturen der halben Lebensdauer des U-Boots ARA San Juan in der argentinischen Werft Domecq García.

Es ist auch der Anfang der Wiederherstellungsaktionen des Eisbrechers Almirante Irizar im Gegenwert von \$ 15 Millionen zu erwähnen, eine Schlüsselfigur unserer Antarktiskampagnen und ein Wahrzeichen der argentinischen Präsenz auf dem weißen Kontinent.

Andererseits und in Zusammenhang mit der taktischen Kapazität der Seeluftfahrt, wurde es nach den Ergebnissen des o.g. externen Auditings für

notwendig befunden, das Budget von \$ 10 Millionen des Kommandos Seeluftfahrt zu erhöhen, um ein Behebungsprogramm der festgestellten Mängel durchzuführen. In der gleichen Richtung ist auch vorgesehen, 4 von der Marine der Vereinigten Staaten angebotene Hubschrauber einzugliedern. Im Bereich der operativen Kapazitäten am Boden des Militärintuments wurde 2007 eine Erhöhung von fast \$ 68 Millionen verfügt, um die berufliche Ausbildung der Mitarbeiter des Sektors und die Wiederherstellung, Modernisierung und sichere Operation der materiellen Ressourcen zu stärken.

In Bezug auf die Transportkapazität im Kampf, wurde die Umsetzung des Modernisierungsprogramms für Panzerfahrzeuge M113 beschleunigt, wobei bereits 2/3 der als notwendig erachteten Bestückung erreicht wurden.

Ein getrennter Absatz gilt der Stärkung des Projekts „Gaucha“, ein gemeinsam mit Brasilien entworfenes und ausgeführtes Fahrzeug für Erkundung, Überfall aus der Luft, Kommando- und Kontrollposten, Materialtransport und Evakuierung von Verletzten.

Andererseits wurde der Ankauf von 700 Fallschirmrüstungen beschlossen, was die vollständige Erneuerung der Ausrüstung mit fast abgelaufener Lebensdauer und eine Verdoppelung der heute existierenden Bestückung darstellt.

In Zusammenhang mit dem Fuhrpark des Heeres wurde zusätzlich zur Wiederherstellung der Werkstätte im Jahr 2003 der Ankauf von 39 Tankfahrzeugen für Treibstoff und 5 schweren LKWs mit Sattelschlepper für den Transport von Munition unter strenger Einhaltung der auf dem Gebiet gültigen Sicherheitsnormen beschlossen.

Zusätzlich wurde beschlossen, die Kommunikationskapazität auf dem Feld durch den Erwerb von Hochfrequenz-Einrichtungen zu stärken, die für die Führung der Operationen ausschlaggebend sind.

In Fortsetzung der Maßnahmen zur Stärkung der Wartung der Heeresflugzeuge und zur Befolgung der Beobachtungen im erwähnten Bericht des externen Auditings, wurde die Umsetzung eines Anpassungsplans im Bereich des Flugkommandos beschlossen. Dieser sieht u.a. die Investition in In-

frastruktur, Werkzeuge, Dienstberichte vor, so wie auch die Wiederherstellung der Transportkapazität für Personal, Frachten und Unterstützung der Gemeinschaft in Notfällen.

Diese letzten Initiativen in Zusammenhang mit der Luftkapazität des Heeres werden mit der Beschleunigung des Projektes „Hornero“ (Umbau der UH-1H-Hubschrauber in Huey II) mittels außerordentlicher Haushaltszuteilungen vervollständigt.

Schließlich und auf einem anderen Gebiet, sind die Verordnung des Gesetzes 23.985 (Immobilien der Streitkräfte) und die Bildung des Plans zur Gemeinsamen Ausrüstung von Friedensmissionen (PECOMP) zu erwähnen, wobei in der ersten das Verfahren optimiert werden soll, mittels dessen jährlich die Immobilien, auf welche die Streitkräfte verzichten werden und die Verwendung der demzufolge erhaltenen Ressourcen definiert werden.

Der PECOmp befriedigt seinerseits die Notwendigkeit, die operativen Kapazitäten der Kräfte wiederherzustellen, die von der Entfaltung von materiellen Mitteln in Friedensmissionen betroffen sind, was – wie bereits zuvor erwähnt – eine der Nebenaufgaben der drei argentinischen Streitkräfte und eine der Prioritäten des Landes auf dem Gebiet der Außenpolitik und internationalen Zusammenarbeit darstellt. Auf diese Art und Weise stellt der PECOmp, dessen Finanzierung aus den Erstattungen der Vereinten Nationen stammt, die erste Erfahrung im gemeinsamen Kauf von Ausrüstungen für einen gemeinsamen Zweck der Streitkräfte dar.

V) Artikulierung der Bereiche Wissenschaft und Technologie

Die Aufgaben der Forschung und Entwicklung haben schon immer eine tragende Rolle im Rahmen der Verteidigungskonzepte aller Länder der Welt gespielt. Während sie für die Industrieländer die Grundlage zur Schaffung neuer Rüstungstechnologien gebildet haben, haben sie für die übrige Welt die Gelegenheit dargestellt, diese anzunehmen und anzupassen, womit sie aus den Erkenntnissen Vorteile gezogen haben, die verinnerlicht und auf andere Sektoren ausgedehnt wurden.

Deshalb ist es grundlegend, Vereinheitlichungs-

und Potenzierungsprozesse des gesamten wissenschaftlich-technologischen Systems der Verteidigung zu institutionalisieren, um es flexibler mit dem nationalen wissenschaftlich-technologischen System zu artikulieren. In dieser Hinsicht hat das Ministerium diejenigen Forschungs- und Entwicklungsprojekte identifiziert, welche die Streitkräfte autonom und unkoordiniert durchführten und versucht, sie unter eine gemeinsame Vision zu stellen, welche die sinergetische Nutzung der Anstrengungen zulässt.

Auf der gleichen Linie wurde das Verfahren für den organischen Neuentwurf des Ministeriums abgeschlossen, um dieses mit einer politischen Instanz zu versehen, die spezifisch für Themen der Forschung und Entwicklung zuständig ist. Das Ziel besteht darin, dass es nicht nur zu einer Koordinierungsinstanz der Aktivitäten im inneren des Sektors wird, sondern das Vorgehen auch mit den übrigen Behörden des argentinischen öffentlichen Sektors mit Aufgaben auf dem Gebiet koordiniert.

Es ist grundlegend hervorzuheben, dass der laufende Modernisierungsprozess dem Ausbau der Kapazitäten im Institut für wissenschaftliche und technische Forschungen der Streitkräfte (CITEFA) eine zentrale Rolle beimißt, das gegenwärtig u.a. an der Neuausrüstung von Labors arbeitet, die Analysen, Prüfungen und Messungen auf dem Gebiet der Chemie, Umwelt, Meteorologie und Ballistik durchführen, und an der Entwicklung eines Systems stabilisierter Kameras arbeitet, die an Bord irgendeines Fahrzeugs montiert, die Aufspürung und Verfolgung von Gegenständen passiv durchführen.

Die Artikulierung der Kapazitäten von CITEFA, vom Geographischen Institut, vom Hydrographischen Institut der Marine, vom Wetterdienst – der später noch angesprochen wird -, und der Forschungsinstitute der Streitkräfte, und ihre Zusammenarbeit mit dem nationalen, technologisch-wissenschaftlichen System unter der Koordination der im Ministerium neu geschaffenen, politischen Instanz, sind operative Achsen dieses Modells.

Besonders zu erwähnen ist die Übertragung des Nationalen Wetterdienstes vom Kommando für Flugregionen (CRA) der Luftwaffe auf das Verteidigungsministerium selbst, womit die grundlegen-

de Prämisse des Modernisierungsprozesses erfüllt wird, nämlich die Entmilitarisierung von strikt zivilen Aufgaben.

Diese Initiative hatte den spezifischen Zweck, die institutionelle Stärkung des Organs durch folgende Maßnahmen zu fördern: I) Die Schaffung einer neuen organischen Struktur, die eine bedeutende Verbesserung der Ausbildung von Fachleuten erlaubt; II) Die Zuweisung eines höheren Grades an Haushaltsautonomie, so dass die verfügbaren Praktiken und Technologien erworben werden können, um einen hochqualitativen und effizienten Dienst zu leisten.

In Zusammenhang mit dem Schiffsbau ist hervorzuheben, dass die Werft Tandanor nach einem Verfahren betrügerischer Privatisierung im vorherigen Jahrzehnt jetzt unter die Verantwortung des Verteidigungsministeriums genommen wurde. Tandanor (die einzige Werft im Land mit einer Syncrolift-Hubeinrichtung) bildet zusammen mit der Werft Domecq Garcia den Kern der Schiffsbauindustrie, die es dem Land erlauben wird, seine Autonomie auf dem Gebiet der Wiederherstellung und Modernisierung der Seeinheiten bedeutend zu steigern.

Ein gleicher Prozess ist im Fall der Flugzeugindustrie im Gange, wobei der Zusammenarbeit und Komplementierung mit den eingerichteten Kapazitäten in den Ländern der Region Priorität eingeräumt wird.

Andererseits sind Abkommen über Zusammenarbeit und Unterstützung mit dem INTI (Nationalinstitut für Industrietechnologie), der Nationaluniversität von La Plata, der Universität von Buenos Aires, dem Berufsverband für Luft- und Raumfahrtengineering (CPIAYE) und dem Sekretariat für Wissenschaft und Technik des Staates unterzeichnet worden, was den Willen des Ministeriums bekundet, die akademischen und spezialisierten Kreise in die Modernisierung des Sektors einzubeziehen.

Außerdem sind auf internationaler Ebene Fortschritte auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit mit Brasilien, Italien, Spanien, Chile, den Vereinigten Staaten, der Volksrepublik China und Rußland zu verzeichnen. Als Ergebnis davon verfügen wir heute über das bereits erwähnte Mili-

tärfahrzeug „Gaucho“, das gemeinsam mit Brasilien entwickelt wurde; und bald werden wir den Bau der schon erwähnten ozeanischen Mehrzweck-Erkundungsboote (POM) ankündigen können, ein Projekt subregionalen Ursprungs, das es den Mitgliedern erlauben wird, über gemeinsame und zusammenwirkende Kapazitäten zur Kontrolle und Aufsicht der territorialen Gewässer zu verfügen.

VI) Aktivierung des Subsystems des militärischen Nachrichtendienstes als Teil des Nachrichtensystems der Verteidigung

In denjenigen Ländern, in denen die Prozesse zur Konsolidierung einer Demokratie mit Mitwirkung der Bevölkerung und mit institutioneller Qualität eine langjährige Praxis darstellen, besteht eine der Herausforderungen in der ständigen, doktrinären Neuformulierung der militärischen Nachrichtendienste. In neueren Demokratien, wie der unseren, ist die Herausforderung noch größer und unerforschter, weil sie notwendigerweise zu tiefgreifenderen Veränderungen führt, wie doktrinäre und operative Reformen, die die bürokratische Erstellung von Nachrichten substantiell verändern, die zuvor nicht-demokratischen Regimen geholfen haben.

Bis zur Sanktionierung des Gesetzes 25.520 im Jahr 2001 bildete der militärische Nachrichtendienst eine von den Streitkräften geplante und geführte Aufgabe ohne größeren Einfluss der Zivilbevölkerung. Mit einiger Verzögerung hat das erwähnte Gesetz schließlich den ersten förmlichen Meilenstein zur Normalisierung dieser Situation gesetzt und ein Subsystem für den strategisch-militärischen Nachrichtendienst unter der Führung einer Zivilautorität, die direkt vom Verteidigungsminister abhängt, geschaffen.

Die tiefgreifende Umstrukturierung der militärischen Nachrichtenagenturen, die im Dezember 2005 in Angriff genommen und 2006 und besonders 2007 fortgesetzt wurde, bestimmte, dass diese Agenturen zu einem untergeordneten Bestandteil des soeben geschaffenen Subsystems des Nachrichtensystems der Verteidigung wurden.

In Übereinstimmung mit dieser Reform sind eine Reihe von Maßnahmen zur Festigung des Sub-

systems in Gang gesetzt worden, die sich auf die folgenden Leitprinzipien stützen: Überprüfung, operative Transparenz, fachliches Können und demokratische Verantwortung.

An erster Stelle wurde die Nationaldirektion für das strategisch-militärische Nachrichtenwesen weiterhin gestärkt, eine Instanz die bisher einen einzigen nicht-militärischen Mitarbeiter hatte: der Direktor. An zweiter Stelle wurde die Funktionsweise des Subsystems reglementiert, das sich in seinem operativen Aspekt unter Beachtung der Richtlinien ordnen wird, die in einer jährlichen Direktive des Ministeriums bestimmt werden. Diese Direktive wird präzise Anweisungen zur Orientierung der Planung und Produktion des Nachrichtendienstes erteilen. An dritter Stelle wurde 2006 mit dem Nationalen Nachrichtensystem zusammengearbeitet, womit die ersten gemeinsamen Veröffentlichungen über militärische Kapazitäten und Bestandteile erstellt wurden, die für die gegenwärtige Verteidigungspolitik von Interesse sind.

Zusätzlich ist hervorzuheben, dass die Verordnung zweifelsfrei die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Bestandteilen des Subsystems überwunden und die Zuständigkeit der militärischen Institutionen auf die ausschließliche Produktion von strategischen, operativen und taktischen Nachrichten beschränkt hat. Zur Konsolidierung dieser letzten Bestimmung sind die Streitkräfte nach einer vollständigen Überprüfung aller Handbücher, Pläne und Verordnungen angewiesen worden, diese anzupassen, abzustimmen und auf den neusten Stand zu bringen.

VII) Anpassung des Subsystems zur Aus- und Fortbildung für die Verteidigung

Eine weitere Achse der Modernisierung des Sektors beruht auf der vollständigen Anpassung der Bildungsprozesse in der Verteidigung an die Anforderungen eines regionalen und internationalen, dynamischen und komplexen Umfelds, das die Verbannung von einseitigen und einschränkenden Visionen und eine Potenzierung der interdisziplinären Fortbildung fordert.

Das Verteidigungsministerium greift den tiefen Sinn des öffentlichen Dienstes der militärischen

Aufgaben wieder auf und konsolidiert die Integration der Streitkräfte ins nationale Erziehungssystem, so wie es Artikel 13 des Umstrukturierungsgesetzes der Streitkräfte besagt. Diese Integration erfolgt zusätzlich auf der Grundlage der Konzeption, dass von den spezifischen Aufgaben der bewaffneten Korps und Spezialisten abgesehen, die Erziehung für das gesamte Militärinstrument einheitlich und in Übereinstimmung mit der durch den Gemeinsamen Generalstab umgesetzten Handlungspolitik zu sein hat.

Die Erziehung zur Verteidigung und Bildung des Bürgers in Uniform stellen primäre Aspekte des neuen Bildungssystems dar, stützen sich auf demokratische Werte, Ausrichtungen und Praktiken, welche ihre Rolle als Bürger und spezialisierter, öffentliche Dienstleister bestärken und zu einer neuen institutionellen Kultur im Rahmen der Streitkräfte führen, so dass sich dieses in ihren Routinen, Gewohnheiten und Geschicklichkeiten widerspiegelt. Demnach, wurden seit 2006 tiefgreifende Reformen des Erziehungssystems durchgeführt, das die Offiziere und Unteroffiziere unserer Streitkräfte und ebenfalls die zivilen Verantwortlichen der Nationalverteidigung beruflich fortbildet.

In dieser Hinsicht hat das Verteidigungsministerium eine Reihe Maßnahmen ergriffen, um diesen Prozess zu festigen, die von der eigens geschaffenen Einheit zur Koordinierung der Aus- und Fortbildung abgestimmt werden. Diese Einheit hat die Aufgabe, die Bildungstätigkeit der Streitkräfte, der zivilen Ausbildung für die Verteidigung und die Umsetzung der entworfenen Reformen zu überprüfen und verfolgen.

Diese Einheit erhält die Unterstützung und Zusammenarbeit des Programms der Vereinten Nationen für die Entwicklung (PNUD) durch das Projekt PNUD-MINDEF ARG 06/019 hauptsächlich in Zusammenhang mit der Reform der akademischen Ausbildung der Streitkräfte und ihrer Artikulierung mit dem nationalen Erziehungssystem.

In dieser Hinsicht ist es auch grundlegend, die Schaffung des Beirats zur Bildungsreform in den Streitkräften hervorzuheben, der – zusammengesetzt aus Vertretern von Universitäten, der Exekutive und Legislative, der Streitkräfte, von NGOs und des Verteidigungsministeriums selbst – die Aufga-

be hat, die Reform der Studienpläne der Schulen und Akademien für Offiziere und Unteroffiziere der drei Streitkräfte zu orientieren.

Einer der bedeutendsten Fortschritte des Modernisierungsprozesses auf dem Gebiet war gemeinsam mit der Zusammenlegung der Fliegerschulen die Schaffung der Akademie für Gemeinsame Kriegsführung im Jahr 2007. Hierzu wurde die Definition der thematischen Kerne und der zu unterrichteten Fächer, die Verteilung der Inhalte, die Stundenzahl und die Zusatzaktivitäten für die Fortbildung der oberen Offiziere der Streitkräfte abgeschlossen.

In Bezug auf die Ausbildung von Zivilpersonen auf dem Gebiet der Verteidigung, wurden Fortschritte bei der Definition eines Projekts zur angemessenen Professionalisierung der künftigen Zivilbeamten erlangt, die für die Nationalverteidigung verantwortlich sind; dies erfolgt über einen Postgraduiertenkurs mit den technischen Inhalten des Sektors, die heute nicht im nationalen akademischen Angebot vorhanden sind und der mittels Abkommen mit Universitäten des nationalen Systems umgesetzt werden soll.

In Zusammenhang mit der Reform des Curriculums der Bildungsinstitute für Offiziere der Streitkräfte wurde ein vereinbarter Vorschlag zur sofortigen Umsetzung ausgearbeitet, der aus der Aufnahme eines Kerns neuer Lehrfächer humanistischer Art besteht: Internationale Beziehungen; Soziologie der Organisationen; Verfassungs- und Verwaltungsrecht; Militärrecht, Militärstrafgesetzbuch und angewandtes Recht für jede Streitkraft und: Internationales Recht, Menschenrechte und Humanitäres Internationales Recht.

Es ist ebenfalls die Durchführung einer Werkstatt zur „Ausbildung von Ausbildnern“ vorgesehen, die sowohl an gegenwärtige Lehrkräfte der Schulen, als auch an die künftigen gerichtet ist, damit sie die Natur der vorgeschlagenen akademischen Veränderung begreifen. In dieser Hinsicht wird gegenwärtig auch ein Kurs entworfen, um ausgebildete Mitarbeiter für die Militärschulung heranzubilden, unter Einbeziehung der verschiedenen Faktoren, welche die körperliche und psychologische Integrität der Auszubildenden in Risiko versetzen. Dieser Kurs wird eine Laufzeit von NEUNZIG (90) Tagen haben und das Curriculum wird Kenntnisse über

Menschenrechte, Techniken für das körperliche Training, Sportmedizin, Gruppenleitung und Führerschaft einbeziehen.

Der Änderungsprozess der Curricula in den Unteroffiziersschulen ist ebenfalls fortgeschritten und wird 2007 abgeschlossen werden. Zusätzlich wurde ein Arbeitsteam zur Überprüfung und Änderung des Aufnahmesystems, sowohl in den Offiziersschulen, als auch in den Unteroffiziersschulen gebildet, das mit der Erhebung der betreffenden Daten in jeder Streitkraft begonnen hat.

Andererseits haben sich die Hochschulen der Streitkräfte an die Anforderungen des Gesetzes für die Hochschulbildung anpassen und den Auswertungsverfahren der Qualität unter Aufsicht der Nationalkommission zur Auswertung und Akkreditierung von Hochschulen (CONEAU) unterwerfen müssen.

Schließlich und in Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung von Flugkontrolleuren und -inspektoren, hat das Ministerium Abkommen mit Nationaluniversitäten zur Mitarbeit an diesem Verfahren unterschrieben. Diese Institutionen werden den Aus- und Fortbildungs- und Aktualisierungsplan unterstützen, der von diesem Jahr an vom CIPE (Forschungs-, Ausbildungs- und Experimentierzentrum) angeboten wird, einer Institution, die Techniker und Flugkontrolleure ausbildet.

Sie werden besonders in Englisch fortgebildet, damit das Niveau der international von der OACI (Internationale Organisation für die Zivile Luftfahrt) geforderten Standards erreicht wird und auf dem Gebiet von technischen Themen der Navigationssysteme fortgebildet.

VIII) Umsetzung der Menschenrechts- und Geschlechtsperspektiven

In dem Modernisierungsprogramm sind auch eine Reihe von Maßnahmen inbegriffen, die es bezwecken, die Thematik der Menschenrechte im Entwurf und in der Umsetzung der Außenpolitiken aufzunehmen. Somit werden die Maßgaben des Dekrets 825/03 umgesetzt, das das Ministerium fugt an „der Umsetzung und Verbreitung der Normen des Internationalen Menschenrechts und

des Internationalen Rechts der Menschenrechte mitzuwirken“.

Als Folge dessen, widmet sich das Ministerium der organisch-funktionalen Stärkung seiner Struktur auf dem Gebiet durch Schaffung der Nationalabteilung für Menschenrechte und Humanitäre Menschenrechte, die als koordinierende Achse der Anstrengungen und Initiativen diesbezüglich wirken wird.

In der Tat und stets mit dem Ziel Diskussionsräume zu befürworten, die zentrale Themen des demokratischen Rechtsstaates aufnehmen, hat das Ministerium mit den Auspizien des Interamerikanischen Instituts für Menschenrechte (IIDH) den Einführungskurs über Menschenrechte koordiniert, an dem 150 Militärs (Offiziere und Unteroffiziere) aus unserem Land und aus der Region teilgenommen haben.

In der Entwicklungsphase befindet sich auch ein Ständiges Seminar über Demokratie, Bürgertum und Menschenrechte, gemeinsam von dem Verteidigungsministerium und dem Lateinamerikanischen Institut für Demokratische Sicherheit (IL-SED) organisiert, von der Königlichen Botschaft der Niederlande in der Republik Argentinien unterstützt und an Offiziere und Unteroffiziere der Streitkräfte gerichtet. Dieses Programm findet gleichzeitig in den Städten Buenos Aires, Córdoba und Bahía Blanca statt. Ende des Jahres 2007 werden insgesamt 600 Personen der drei Waffengattungen freiwillig teilgenommen haben. Die Aktivität besteht aus halbmonatlichen Treffen zu je drei Stunden Dauer, der Abwicklung der Folgearbeit, Debatte und Diskussion durch eine virtuelle Plattform und der Entwicklung von Inhalten, die es künftig zulassen werden, dass die Streitkräfte über einen Elementarsatz zur Fortbildung auf dem Gebiet verfügen.

Andererseits verleiht das laufende Modernisierungsprogramm der Festigung einer Geschlechtsperspektive bei der zivilen Führung der militärischen Angelegenheiten ein bedeutendes Gewicht. Diese Perspektive fußt besonders auf der Berufsbeziehung, der Zugangs- und Fortschrittmöglichkeit unter gleichartigen Bedingungen und auf der Abschaffung diverser Formen der Gewalt gegen Frauen im militärischen Bereich.

Die Artikulierung eines Abkommens über Zusammenarbeit mit den Nationalrat der Frauen, die Umsetzung eines umfassenden Plans zur Stärkung der Frau in den Streitkräften und die Einrichtung einer Beobachterstelle über die Situation der Frau in den Streitkräften, ein Werkzeug zur Erhebung von Information, Analyse und Diagnose von Information über die Situation der Frauen und ihre Eingliederung in den Militärbereich, stellen diesbezüglich gute Beispiele dar.

Auf der gleichen Linie wurde der Ministerielle Beschluss 849/06 erlassen, wodurch das Verteidigungsministerium die Streitkräfte aufruft, die Aufnahme- und Verweilbedingungen in ihren Ausbildungsinstitutionen an das anzupassen, was die Gesetzgebung in Bezug auf Mädchen und Frauen besagt, die Kinder bekommen oder schwanger werden, während sie sich in der Militärlaufbahn befinden.

Mit der gleichen Überzeugung ist die Änderung des Verordnungsdekrets des Freiwilligen Wehrdienstes betrieben worden, das verhinderte, dass Menschen mit Personen unter ihrer Verantwortung zugelassen wurden. Trotzdem das Verbot förmlich nicht zwischen Männern und Frauen unterschieden hat, führte der soziale und kulturelle Kontext dazu, dass in der Tat die Frauen von dieser Einschränkung am meisten betroffen wurden.

Es ist ein Buch zur Verbreitung der während des ersten Jahres der Beobachterstelle über die Lage der Frau in den Streitkräften erhobenen Information zusammen mit der Systematisierung der von diesem Ministerium auf dem Gebiet der Geschlechtergleichheit angenommenen Maßnahmen veröffentlicht worden. Außerdem wurde der Rat für Geschlechterpolitik im Bereich der Verteidigung geschaffen und einberufen, wo Fachleute auf dem Gebiet und weibliche Mitglieder der drei Streitkräfte – Offiziere und Unteroffiziere – mit dem Ziel versammelt sind, eine Agenda von Veränderungen auf der Grundlage der Suche nach Antworten auf die Hindernisse zu entwickeln, die die militärische Laufbahn noch heute ihrer Integration entgegenstellt.

IX) Anpassung des Subsystems der Militärjustiz

Schließlich ist noch zu unterstreichen, wie wichtig es ist, das System der Militärjustiz an den laufenden Modernisierungsprozess anzupassen, was in der Hauptsache bedeutet, es an die neuen internationalen Standards auf dem Gebiet anzugleichen.

Unter dieser Prämisse wurde die Schaffung einer Multidisziplinären Kommission von Fachleuten mit dem Auftrag beschlossen, ein Projekt zur Reform und Modernisierung der gültigen Militärjustiz aus einer globalen Perspektive zu verfassen. In groben Zügen bedeutet dies:

- a) Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit für das Urteilen über Delikte von Mitgliedern der Streitkräfte, die in Zukunft unter gleichen Bedingungen wie die übrigen Bürger gerichtet werden sollen;
- b) Abschaffung der Delikte, welche nicht Dritte beeinträchtigen, weil es sich um unangemessene Verhaltensweisen der intimen Sphäre und der individuellen Autonomie handelt;
- c) Vorsehung von Verhaltensweisen wie sexuelle Bedrängnis und disziplinäre Züchtigung als schwere Fehler;
- d) Abschaffung der Todesstrafe aus der argentinischen Rechtsordnung;
- e) Vollständiger Neuentwurf des Disziplinarsystems mit Gleichgewicht von Notwendigkeiten, Eingrenzung der Gelegenheiten für Willkür und Stärkung der Gültigkeit des rechtmäßigen Verfahrens.

Gegenwärtig befindet sich das Projekt zur Beurteilung der Legislativen, um als Nationalgesetz genehmigt zu werden.

V. Schlussfolgerungen

Das in Entwicklung befindliche Modernisierungsmodell stellt die strategische Option dar, mittels derer die Republik Argentinien beschlossen hat, ihr Verteidigungssystem an die Anforderungen ihrer vitalen Interessen unter besonderer Beachtung des Beitrags zur Festigung der Region als wahrhaftiges Friedensgebiet anzupassen.

Die Stärkung der Verteidigungspolitik als Staatspolitik, ein prioritäres Interesse von jedem Staat, um seine Erhaltung zu garantieren, ist die höchste Aufgabe des laufenden Modernisierungsprozesses, der nicht nur darauf abzielt, die erste Periode der Reformen nach der Demokratisierung zu vervollständigen und zu ergänzen, sondern ihm auch ein neues Merkmal zu verleihen, das es der nationalen Verteidigungspolitik ermöglicht auf der Höhe der Herausforderungen zu stehen, die am Anfang des 21. Jahrhunderts auf sie zukommen.



VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

Azopardo 250 (C1107ADB) Ciudad Autónoma de Buenos Aires
(+54 11) 4346-8800 - Email: prensa@mindef.gov.ar - Web: www.mindef.gov.ar